



Der Informationsdienst der **DPoIG** Baden- Württemberg

Nr. 12

31. August 2014

Sofern unsere Beiträge mit einer Quellenangabe versehen sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der DPoIG und der ID-Redaktion wieder.

Eigene Bewertungen und Anmerkungen sind als solche gekennzeichnet.

Der DPoIG-ID erscheint ca. wöchentlich.
 Nachdruck honorarfrei.
 Quellenangabe erbeten.

Inhalt

- 01 CDU zu gestiegenen Einbruchszahlen und Freiwilligem Polizeidienst
- 02 Gelder für Gesundheitsmanagement sind nicht in Pforzheim angekommen
- 03 Bürger wollen starken Staat
- 04 Zusätzliche Urlaubstage
- 05 Besoldungsplus für Beamte noch offen
- 06 Zukunftspreis für Polizeistudenten/innen
- 07 DPoIG-Kurzmeldungen

E-Mail an das DPoIG-Team



Hinweise und Kritik zur Polizeireform: reformkritik@dpolg-bw.de

Die Polizeireform bewegt und erregt die Gemüter. Welche Erfahrungen und Feststellungen haben Sie gemacht? Was läuft nicht rund? Welche Probleme gibt es vor Ort? **Schreiben Sie uns ihre Kritik.**

Wir garantieren Ihnen einen vertraulichen Umgang und anonymisierte Verarbeitung.

01 CDU zu gestiegenen Einbruchszahlen und Freiwilliger Polizeidienst

Quelle: CDU/DPoIG BW

Remchingen/Stuttgart – Die CDU sieht wegen den gestiegenen Einbruchszahlen die Sicherheit im Südwesten in Gefahr. Dass Bürger an manchen Orten wie im Enzkreis private Wachdienste beauftragten, um sich sicherer zu fühlen, sei eine „Bankrotterklärung des Staates“, sagte Fraktionschef Peter Hauk in Remchingen. Der Anstieg der Fälle sei eine dramatische Entwicklung. „Die Sicherheit in Baden-Württemberg ist gefährdet.“ Überdies forderte Hauk den Einstellungsstopp bei den freiwilligen Polizisten zu beenden und deren Zahl von rund 1100 auf 2 000 aufzustocken, da sie die regulären Polizeikräfte unter anderem bei Großveranstaltungen und Stadioneinsätzen entlasten könnten.

Die Landesregierung reagiere auf die drastisch gestiegene Zahl der Wohnungseinbrüche nicht umfassend genug. Es sei eine Bankrotterklärung für Grün-Rot, wenn sich Bürger zum Teil mit privaten Wachdiensten schützen müssen. Der drastische Anstieg bei der Zahl der Wohnungseinbrüche im Land ist für die CDU-Landtagsfraktion ein alarmierendes Zeichen. Zwischen den Jahren 2012 und 2013 stieg die Zahl der Einbrüche (inklusive Einbruchversuche) im Bund um 3,7%, in Baden-Württemberg im selben Zeitraum aber besonders drastisch um 31,8%. Waren es im Jahr 2012 noch 8.572 Fälle, wurden 2013 in Baden-Württemberg insgesamt 11.295 Fälle einschließlich der Einbruchversuche erfasst. Die Anzahl der Einbruchsdelikte variiert unter den Bundesländern sehr stark, Baden-Württemberg hat jedoch den mit Abstand größten Anstieg zu verzeichnen. Dass Bürger an manchen Orten private Wachdienste beauftragten, um sich sicherer zu fühlen, sei eine Bankrotterklärung des Staates, betonte Peter Hauk. Der Anstieg der Fälle sei eine dramatische Entwicklung und die Sicherheit in Baden-Württemberg sei gefährdet. „Von dem Ruf, den wir als sicheres Land mal hatten, ist allmählich nicht mehr viel übrig“, so Hauk. CDU-Fraktionschef Hauk betonte, dass die Aufklärungsquote nur noch in Bremen, Berlin und Hamburg schlechter als in Baden-Württemberg sei. In Thüringen oder Sachsen-Anhalt werde dagegen jeder dritte Einbruch geklärt. „Früher gehörten wir mit Bayern zu den sichersten Ländern“, meinte Landtags-Fraktionschef Peter Hauk. Diese Zeiten gehörten der Vergangenheit an.



Freiwilliger Polizeidienst bringt mehr Beamte in die Fläche.

Bei der Veranstaltung in Remchingen, im Wahlkreis der CDU-Landtagsabgeordneten Viktoria Schmid MdL, forderten der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion Peter Hauk MdL, der innenpolitische Sprecher Thomas Blenke MdL, der CDU-Landtagsabgeordnete Guido Wolf MdL und Viktoria Schmid MdL Innenminister Gall auf, den Einstellungsstopp bei den freiwilligen Polizisten zu beenden und deren Zahl von rund 1100 auf 2000 aufzustocken. Sie könnten die regulären Polizeikräfte unter anderem bei Großveranstaltungen und Stadioneinsätzen entlasten und somit dafür sorgen, dass wieder zusätzliche Beamte in die Fläche des Landes kämen. Den Freiwilligen

Polizeidienst gibt es im Südwesten seit 1963. Er soll nach dem Willen von Grün-Rot mittelfristig abgeschafft werden.

Der Sprecher im Landeshauptvorstand der DPoIG für den Freiwilligen Polizeidienst, Norbert Schwarzer (Mitte), unterstützte die Forderung der CDU-Landtagsabgeordneten nachdrücklich und verwies auch darauf, welche geringe Wertschätzung die grün-rote Landesregierung dem freiwilligen Engagement entgegenbringen würde. Weder der Ministerpräsident noch der Innenminister hätten 2013 zum 50-jährigen Jubiläum des Freiwilligen Polizeidienstes gratuliert. Das habe viele enttäuscht, berichtete Schwarzer. Auch der Vorsitzende des Landesarbeitskreises Polizei der CDU, Gerhard Regele, verwies auf die notwendige Unterstützung der Beamten durch Polizeifreiwillige gerade im Zuge der vielen Umstrukturierungen durch die Polizeireform.

Landtagspräsident Guido Wolf (CDU) ergänzte, dass mit den neuen Groß-Präsidien der direkte Bezug zu den Verantwortlichen vor Ort verloren gegangen sei. Wolf verwies darauf, wie wichtig der Schulterschluss zwischen Landkreis und Polizei sei und regte an, in den neuen Polizeipräsidien Kreisreferenten einzuführen, um die Effizienz der Zusammenarbeit zwischen Landkreis und Präsidium zu verbessern. Vor der Polizeireform sei der Austausch wesentlich besser gewesen. In seiner Zeit als Landrat habe er die direkte Absprache mit den ehemaligen Polizeidirektionen sehr geschätzt, hob Wolf hervor. Die Abgeordneten der CDU-Landtagsfraktion machten wiederholt darauf aufmerksam, dass die Polizeireform der Landesregierung für die zunehmenden Probleme im Land verantwortlich sei. Die negativen Befürchtungen seien bereits im ersten Halbjahr nach Start der Reform aufgetreten. Die Polizei leiste sehr gute Arbeit, sie habe nur die falschen Strukturen.

Gall beschwichtigt

Innenminister Gall betonte, es habe bundesweit einen Anstieg der Wohnungseinbrüche gegeben. Und: „Wir sind noch deutlich von dem entfernt, was in den 1990er Jahren der Fall gewesen ist.“ Hauk will diese Argumente nicht gelten lassen und verweist darauf, dass die Zahl der Wohnungseinbrüche im vergangenen Jahr im Vergleich zu 2012 bundesweit lediglich um 3,7 % nach oben ging. Laut Gall hat sein Ressort schon auf die Entwicklung reagiert. So sei das Thema auch bei der Polizeireform berücksichtigt worden, etwa durch mehr Geld für Technik und die Spurenauswertung. Zudem seien Kompetenzen gebündelt und Abläufe verbessert worden. Etwa 70 % der Fälle von Wohnungseinbrüchen seien zuletzt in den Revieren bearbeitet worden, sagte der Minister. Jetzt sei es als Aufgabe der Kriminalpolizei definiert worden.

DPoIG äußert Zweifel

CDU-Stadtrat und CDU-Stadtverbandsvorsitzende in Pforzheim, Wolfgang Schick, langjähriger DPoIG-Vorsitzende und Mitglied im DPoIG Kreisvorstand, zu dessen Bezirk auch der Enzkreis zählt, bezweifelt, dass die Polizeireform auch nur im Ansatz dazu geeignet sei, als Instrumentarium gegen die exorbitant angestiegenen Einbrüche zu helfen. Das Gegenteil ist der Fall. Die Polizeidirektion Pforzheim aufzulösen war ein Fehler.



Die Zahl der Wohnungseinbrüche samt Diebstählen schnellte im Südwesten im vergangenen Jahr nach oben - und nur jeder zehnte Täter wurde geschnappt. Mit 11 300 Fällen stiegen die Zahlen bei diesem klassischen Delikt um fast ein Drittel (32 Prozent). Einwohner in der Ortschaft Tiefenbronn (Enzkreis) etwa hatten sich nicht mehr sicher gefühlt und private Wachleute engagiert.

„Fühlen uns abgehängt“

Die beiden Abgeordneten Viktoria Schmid (Enzkreis) und Thomas Blenke (Kreis Calw) gingen auf die Lage vor Ort ein. „Durch die Polizeireform fühlen wir uns schon abgehängt“, so Schmid. Blenke ergänzte, das Polizeipräsidium Karlsruhe mit riesiger Fläche und unterschiedlicher Struktur sei eine grandiose Fehlkonstruktion. „So kann keine bürgernahe Betreuung mehr stattfinden“, so Blenke, innenpolitischer Sprecher seiner Fraktion. Die Abgeordneten hatten sich immer für ein Polizeipräsidium Nordschwarzwald in Pforzheim eingesetzt.

02 Erneut Krach im PP Karlsruhe / Gelder für Gesundheitsmanagement sind nicht in Pforzheim angekommen

Quelle: Pforzheimer Zeitung

Pforzheim – „Es knirscht noch gewaltig bei der Pforzheimer Polizei nach der Zwangsehe mit Karlsruhe. Aktueller Grund für Ärger ist nicht geflossenes Geld für Gesundheitsvorsorge.“

Die Pforzheimer Zeitung berichtete in der Samstagsausgabe: „Droht dem Polizeipräsidium Karlsruhe – dem größten Flächenpräsidium im Land unter Einbeziehung von Pforzheim, dem Enzkreis und Calw – im achten Monat seines Bestehens der zweite mutmaßliche Untreueskandal? Diesen Vorwurf erheben Pforzheimer Polizeibeamte, die aus Angst vor „zu erwartenden Repressalien“ nicht namentlich in Erscheinung treten wollen. Von dem Geld, das dem Polizeipräsidium Karlsruhe vom Innenministerium zur Verfügung gestellt wurde, sei nichts mehr da – und davor sei auch kein Cent nach Pforzheim oder Calw geflossen. Noch im Jahr 2013, sagen Polizisten aus Pforzheim, habe die damalige und zum 1. Januar 2014 aufgelöste Direktion 16.000 Euro für die Gesundheitsvorsorge bekommen – ein interner Haushaltstitel, der nicht für andere Dinge zweckentfremdet werden darf. Das Geld wurde für einen Gesundheitstag, die kostenlose Versorgung mit Mineralwasser und Obst sowie Sportgeräte und die Ausstattung des Fitnessraums verwendet.

„Nichts mehr da“

Nun habe das Polizeipräsidium 60.000 Euro erhalten. Doch wo ist das Geld hin? Den beiden Pforzheimer Revierleitern sei aus Karlsruhe beschieden worden, es sei „nichts mehr da“ – Nachfrage unerwünscht. Da dürfte man in Stuttgart spitze Ohren bekommen. „Die Mittel sind zweckgebunden und dürfen nur für Maßnahmen im Gesundheitsmanagement eingesetzt werden“, heißt es aus dem Ministerium auf PZ-Anfrage. Sollte absehbar sein, dass die Mittel nicht zweckbestimmt eingesetzt werden könnten, „sind sie an das Innenministerium zurückzugeben, damit sie gegebenenfalls umverteilt werden können“.

Polizeisprecherin Gabi Evers weist den Vorwurf der Zweckentfremdung entschieden zurück und verweist auf einen in der vergangenen Woche ins Leben gerufenen „Gesundheitszirkel“ bestehend aus Vertretern aller Organisationseinheiten....Nicht zum Besten bestellt ist das Binnenklima in der neuen Großbehörde, so die PZ. Die Führungs- und Einsatzstäbe der bisherigen Direktionen Pforzheim und Calw wurden ebenso nach Karlsruhe abgezogen, wie die Hälfte der Kripo. „Viele Kollegen beneiden mich“, sagt ein Pensionär. Ein noch aktiver Polizist: „Die Pforzheimer gelten nichts mehr.“ Und die Calwer erst recht nicht.“

Für den Kreisgeschäftsführer der DPoIG Pforzheim, Norbert Kreis zeigt die Berichtserstattung in der Pforzheimer Zeitung sehr gut die Stimmungslage der Pforzheimer Polizeikollegen/innen. „Man fühlt sich abgehängt, da sind die Mittel zur Gesundheitsvorsorge nur der i-Punkt dessen, was uns an Beschwerden erreicht. Die Einrichtung eines Gesundheitszirkels zur Verteilung von Geldern macht nur Sinn, wenn es auch Gelder gibt die man verteilen kann. Aktuell schlagen wir uns mit einem neuen Arbeitszeiterfassungsprogramm herum. Was wir aktuell erleben ist für viele unfassbar. Wir schmeißen an der einen Ecke Geld zum Fenster hinaus, das wir an anderer Stelle sinnvoll einsetzen könnten.“



03 Bürgerbefragung öffentlicher Dienst 2014: Bürger wollen starken Staat – Beamte im Aufwärtstrend

Quelle: Presseauswertung

Berlin - (dbb) Die große Mehrheit der Bürger ist mit den Leistungen des öffentlichen Dienstes in Deutschland zufrieden. Den Beamten werden deutlich häufiger positive und sehr viel seltener negative Eigenschaften zugeordnet als in den vergangenen Jahren. Das geht aus der diesjährigen „Bürgerbefragung öffentlicher Dienst“ hervor, die das Meinungsforschungsinstitut forsa für den dbb beamtenbund und tarifunion durchgeführt hat.

Gegenüber 2007, als wir zum ersten Mal die Bürgerbefragung in Auftrag gegeben hatten, hält dieser erfreuliche Trend an“, sagte der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt bei der Vorstellung der Erhebung am 26. August 2014 in Berlin. „Vor allem die Eigenschaften pflichtbewusst (78 Prozent), zuverlässig (73 Prozent) und kompetent (70 Prozent) schreiben die Bürger den Beamten zu – und zwar deutlich häufiger als noch vor acht Jahren.“



Für die Zufriedenheit der Behördenbesucher spricht, dass 84 Prozent angaben, von den Mitarbeitern freundlich behandelt worden zu sein, 83 Prozent bezeichneten sie als gut qualifiziert“, so Dauderstädt. 67 Prozent der Befragten sagten, ihre Angelegenheit sei sofort bearbeitet worden.

Weiter gestiegen ist der Anteil der Bürger, die eine starke öffentliche Verwaltung für unerlässlich halten. „Dass 85 Prozent der Befragten dies bejahen, macht klar: Der öffentliche Dienst leistet Enormes und wird dafür respektiert. Damit dies auch in Zukunft so bleibt, sehen wir die Politik in der Pflicht: Vor allem wegen der demografischen Entwicklung muss mehr getan werden, um den öffentlichen Sektor auch für junge Menschen attraktiv zu halten. Nur dann ist Zukunftsfähigkeit garantiert“, machte der dbb Chef deutlich. In diesem Zusammenhang müsse die wachsende Zahl von Beschäftigten, die über eine Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst klagen (43 Prozent) - vor allem bei der Entgeltentwicklung, bei Aufstiegs- und Karrierechancen - zu denken geben.

Unter den Berufsgruppen mit dem höchsten Ansehen steht unangefochten der Feuerwehrmann auf Platz eins, gefolgt von Kranken- beziehungsweise Altenpfleger, Arzt, Polizist und Kita- beziehungsweise Kindergartenmitarbeiter. Zu den Gewinnern der Berufe-Rankings seit 2007 zählen Staatsdiener wie Müllmänner und Lehrer, aber auch „Beamte“ als solche. Verschlechtert hat sich dagegen das Ansehen unter anderem von Steuerberatern und Managern.

> Ansehen einzelner Berufsgruppen

Es haben ein (sehr) hohes Ansehen von:	2007	2013	2014	Veränderung	
	%	%	%	2013 – 2014	2007 – 2014
Feuerwehrmann	90	94	95	+1	+5
Kranken-/Altenpfleger	85	89	90	+1	+5
Arzt	86	88	89	+1	+3
Polizist	78	83	84	+1	+6

79 Prozent der Deutschen für höhere Lohnabschlüsse

Die große Mehrheit der Bundesbürger lehnt eine Zurückhaltung der Beschäftigten bei Lohnforderungen ab. 79 Prozent stimmen der Auffassung von Bundesbank und Europäischer Zentralbank zu, dass angesichts der niedrigen Inflationsrate und der positiven Verfassung des Arbeitsmarktes höhere Lohnabschlüsse in Deutschland angemessen wären. Nur 17 Prozent halten derzeit höhere Einkommen nicht für erforderlich. Das geht aus der „Bürgerbefragung öffentlicher Dienst“ hervor, die der dbb beamtenbund und tarifunion 2014 bereits zum achten Mal beim Meinungsforschungsinstitut forsa in Auftrag gegeben hat.

„Wir sehen darin eine deutliche Bestätigung unserer gewerkschaftlichen Positionen“, sagte der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt bei der Vorstellung der Umfrage am 26. August 2014 in Berlin. „Als Interessenvertretung der Menschen im öffentlichen Dienst, die Tag für Tag für ein funktionierendes Gemeinwesen sorgen, fordern wir, sie dafür auch angemessen zu bezahlen. Das gilt umso mehr mit dem Blick auf den demografischen Wandel, den Mangel an Fachkräften, die dringend notwendige Nachwuchsgewinnung und die allgegenwärtige Konkurrenz zum Arbeitgeber Privatwirtschaft.“ Hinzu komme, dass höhere Löhne auch zur Belebung der Binnenkonjunktur beitragen. „Wir werden diesen ‚Rückenwind‘ auch mit in die Verhandlungen zur Einkommensrunde 2015 nehmen, in der es um die Löhne und Gehälter für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst der Länder geht“, kündigte Dauderstädt an.

04 Gewährung von zusätzlichen Urlaubstagen für jüngere Beamte/innen - Schwere Geburt für Übergangsregelung für Wiedereingestellte

Quelle: Beamtenbund / Innenministerium

Stuttgart/Villingen-Schwenningen – Nach intensivem Einsatz der Deutschen Polizeigewerkschaft und des Beamtenbundes, sowie offensichtlich zahlreicher anderer, ist es offensichtlich gelungen, eine justiziable Lösung zur Nachgewährung von zusätzlichen Urlaubstagen für jüngere Kolleginnen/Kollegen zu finden. Nach einem intensiven Abstimmungsprozess im Innenministerium steht fest: „Auch Polizeibeamte/innen, die seit 2011 ihre Polizeiausbildung bzw. ihr Studium beendet haben, erhalten nachträglich zusätzliche Urlaubstage, die ihnen aufgrund der Rechtsprechung zur altersdiskriminierenden Urlaubsgewährung zustehen.“

Während der Übergangspersonalrat der Hochschule für Polizei unter der Leitung von Ralf Kusterer (zugleich Erster Stellv. Landesvorsitzender), es bereits Ende Juni schaffte, dass fast alle Beamtinnen/Beamten des mittleren Dienstes in Ausbildung rechtzeitig vor dem Ende der Ausbildung ihre zusätzlichen Tage erhielten, galt es im Weiteren dies auch für die Polizeikommissaranwärter/innen zu gewährleisten. Nach großem Engagement von Michael Haug (ASTA-Vorsitzender und Stellv. Landesvorsitzender JUNGE POLIZEI), wurde noch Ende Juli in einer Besprechung der Hochschulleitung, des Übergangspersonalrats und den Sprechern der verschiedenen Studienjahrgänge (ASTA) eine einvernehmliche und praktikable Lösung zur Abgeltung gefunden. Infolge dessen stimmte auch der Hauptpersonalrat dieser Lösung für all diejenigen Aufstiegsbeamten/-beamtinnen zu, die nicht der HfPol angehören und ebenfalls einen zusätzlich Anspruch.

Unklar war weiterhin, ob im Rahmen einer zukünftigen Änderung der Arbeitszeit- und Urlaubsverordnung auch eine von der DPoIG geforderte rückwirkende Gewährung ab dem Urlaubsjahr 2011 für alle Beamte/-innen, die nicht mehr in Ausbildung sind, erfolgen kann.



Ralf Kusterer und BBW-Chef Stich für eine Urlaubsgewährung

Zuletzt hat sich der Vorsitzende des Beamtenbundes, Volker Stich, nochmals mit einem Schreiben zur Änderung der AzUVO an das Innenministerium gewandt und eine Regelung für diese „wiedereingestellten“ Kolleginnen und Kollegen gefordert.

Für den Bereich der Polizei hat jetzt das Innenministerium entschieden, dass Polizeikommissaranwärter/innen und Polizeimeisteranwärter/innen, die ihre Zusatzurlaubstage in der Zeit des Studiums bzw. der Ausbildung nicht verbraucht hatten, nach ihrer Wiedereinstellung als Beamte/Beamtinnen auf Probe im Polizeivollzugsdienst bis zum 30.09.2016 mit einer Dienstbefreiung im Sinne eines genehmigten Fernbleibens vom Dienst nach § 68 Abs. 1 LBG diese zusätzlichen Urlaubstage nehmen können. Diese Regelung gilt rückwirkend bis 2011.

05 Besoldungsplus für Beamtinnen und Beamte noch offen

Quelle: DPoIG

Stuttgart - Beamtenbund-Chef Stich ist nicht gut auf Grün-Rot zu sprechen. Grund sind Sparmaßnahmen. Im Streit um das Besoldungsplus für die Beamtinnen und Beamten bleibt eine Annäherung zwischen dem Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann (Grüne) und dem Beamtenbund fraglich. Wie die Landesregierung mit der anstehenden Erhöhung umgeht, ist nach den Worten des Regierungschefs noch unklar. „Wir haben noch gar nichts beschlossen. Alles ist offen“, sagte er.

Das Verhältnis zwischen Beamtenbund und Regierung gilt seit längerem wegen diverser Sparmaßnahmen als konfliktreich. Zur anstehenden Besoldungserhöhung erklärte Kretschmann, es komme in erster Linie auf das Ergebnis der Tarifverhandlungen für die Landesangestellten an. 2013 hatte Grün-Rot das Tarifergebnis zwar inhaltsgleich, aber nur zeitlich verzögert auf die Landesbeamten/-beamtinnen übertragen und dabei eigentlich angekündigt, dies auch künftig so handhaben zu wollen.

Hingegen fordert Beamtenbund-Chef Stich, den noch ausstehenden Abschluss 2015 inhaltsgleich und ohne Verzögerung zu übernehmen. Zudem übte Stich scharfe Kritik an weiteren bereits beschlossenen Sparmaßnahmen für die Beamtenschaft. So forderte er kürzlich, die Absenkung der Eingangsbesoldung rückgängig zu machen. Kretschmann entgegnete nun: „Die Absenkung der Eingangsbesoldung trägt zur strukturellen Entlastung des Haushalts bei. Das machen wir nicht rückgängig.“

Keinen Automatismus gäbe es bei der ebenfalls von Stich geforderten Übertragung der Mütterrente und der Rente mit 63 auf das Beamtensystem, sagte Kretschmann. „Pensionen und Renten, das sind zwei völlig verschiedene Systeme. Das Niveau der Pensionen ist weitaus höher als das der Renten.“ Der Generalsekretär der FDP, Patrick Meinhardt, kritisierte Kretschmann. 'Ich frage mich, wie ein Ministerpräsident seine Landesbeamten motivieren will, wenn er so arrogant von oben herab mit den offiziellen Vertretern umgeht', sagte er am Samstag.

06 Zukunftspreis für Polizeistudenten/innen des Behördenspiegel

Quelle: Behördenspiegel

Berlin – Der Europäische Polizeikongress, Europas führende Veranstaltung zur Inneren Sicherheit Europas, vergibt einen Zukunftspreis für herausragende Abschlussarbeiten (Diplom-, Bachelor-, Master,-) von Studenten in den Fachhochschulbereichen Polizei, Justizvollzug und Sicherheitsmanagement sowie kriminologischer Institute der Universitäten. Die Bewerbungsfrist endet am 30. Oktober 2014.

Die Polizei und die deutschen Behörden und Organisationen der Inneren Sicherheit stehen angesichts zunehmender und komplexer werdender Aufgaben vor großen Herausforderungen: Organisierte Kriminalität, Terrorismus, Cyber-Kriminalität und Extremismus sind nur wenige Beispiele, die starke und effizient zusammenarbeitende Sicherheitsbehörden erfordern.

Qualifikation, Exzellenz und Innovationskraft der Mitarbeiter sind angesichts dieser Herausforderungen und sich stetig wandelnder Aufgaben besonders notwendig. Die Polizeiarbeit der Zukunft beginnt bereits in der polizeilichen Ausbildung. Hier werden Ideen geboren und Lösungswege erarbeitet, um Herausforderungen auch zukünftig effizient und innovativ begegnen zu können.

Exzellenz der polizeilichen Ausbildung

Der Europäische Polizeikongress, Europas führende Veranstaltung zur Inneren Sicherheit Europas, fördert diese Exzellenz der polizeilichen Ausbildung mit der Auslobung des Zukunftspreises Polizeiarbeit. Mit dem Zukunftspreis werden herausragende Abschlussarbeiten (Diplom-, Bachelor-, Master,-) von Studenten in den Fachhochschulbereichen Polizei, Justizvollzug und Sicherheitsmanagement sowie kriminologischer Institute der Universitäten ausgezeichnet. Honoriert werden Arbeiten, die neue Lösungsansätze und Innovationen für die polizeiliche Facharbeit vorschlagen. Dotiert ist der Preis mit insgesamt 5.000,- Euro.

Bewerbungsschluss ist der 30. Oktober 2014.

"Wir brauchen Innovationen und neue Ideen für alle Bereiche der polizeilichen Arbeit", sagt die bewertende Expertenjury des Zukunftspreises, der im kommenden Jahr im Rahmen des 18. Europäischen Polizeikongresses durch den Minister für Inneres und Sport des Landes Mecklenburg-Vorpommern Caffier verliehen wird. Bewertet werden die eingereichten Arbeiten durch eine Jury ausgewiesener Experten der Inneren Sicherheit Deutschlands darunter Lorenz Caffier (Innenminister Meckl. Vorpommern), Joachim Herrmann (Staatsminister des Innern Bayern), Ralf Jäger (Innenminister NRW), André Schulz (BDK) und Rainer Wendt (Bundesvorsitzender Deutsche Polizeigewerkschaft).

Ansprechpartner: Patricia B. Linnertz, patricia.linnertz@europaeischer-polizeikongress.de

07 DPoIG-Kurzmeldungen

[...DPoIG-Kurzmeldungen...DPoIG-Kurzmeldungen...DPoIG-Kurzmeldungen...DPoIG-Kurzmeldungen...](#)

Quelle: Presse/DPoIG

Polizeiarzt fehlt

Gesundheit ist ein hohes Gut – deshalb gibt's auch bei der Polizei Ärzte für die Prävention und die Behandlung von Gebrechen. Doch was passiert, wenn ein Arzt geht? Dies beschäftigt seit einigen Monaten die Beamtinnen und Beamten des Polizeipräsidiums Karlsruhe. Ein Arzt wurde pensioniert, eine Ärztin kündigte. Seither ist betreut ein Polizeiarzt aus Bruchsal die Kolleginnen und Kollegen des PP Karlsruhe mit. Das zuständige Polizeipräsidium Technik, Logistik, Service der Polizei schrieb unter anderem für den Standort Karlsruhe vor einigen Monaten „ab sofort“ die Stelle eines Obermedizinalrates aus. Bewerbungen seien eingegangen, teilte das Innenministerium Anfang Juli auf Anfrage der Pforzheimer Zeitung mit. Es sei „damit zu rechnen, dass nach den Vorstellungsgesprächen und der Bewerberauswahl die Stellen mit geeigneten Ärzten besetzt werden können“. Doch gemacht, gemacht: Während, so sagen Betroffene, oft Anträge für Vorsorgekuren der Schichtdienstbeamten, Reha- und Kuranträge der Haus- und Fachärzte an den Polizeiarzt (der entgegen früherer Gepflogenheiten noch einmal einen kompletten Gesundheits-Check macht) auf Halde liegen, verweist das Innenministerium aktuell auf „zur Zeit stattfindenden Auswahlgespräche“.

Ende DPoIG-ID Nr. 12/2014